



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

bracht war, erhielten der Amtmann und die beiden Junker aus Schwabes Munde das Lob, sie hätten sich geschickter angestellt, als von ihnen zu erwarten gewesen wäre, wie denn aus ihnen, wenn sie sich zur rechten Zeit zu einem tüchtigen Meister in die Lehre gegeben hätten, wahrscheinlich brave Metzgerburschen geworden wären.

Auch die alte Billa und die Schützen bekamen ihre Note, dabei stellte sich heraus, daß einer von ihnen, Dorez Holzfahrer, und außer diesem noch Nickel Langhenne und der Kopf des geschlachteten Tieres plötzlich verschwunden waren.

Am Morgen aber sahen die Bopparder mit Schrecken und Zorn, daß aus einer Luke des Burgturms das Haupt eines Ochsen herauschaute, das mit einer papiernen Mütze geschmückt war, die eine fatale Ähnlichkeit mit den Baretten hatte, wie sie die städtischen Schöffen und Ratsherren trugen.

(Fortsetzung folgt)



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Die Rede des Kaisers in Cuxhaven und die Anerkennung der Marokkopolitik des Reichskanzlers. Reichstag und Kolonialamt. Zur Oberhausfrage.)

Die Marokko-Konferenz hat sich in der jüngsten Zeit durch drei Vorgänge wieder in Erinnerung gebracht: der Sultan hat der Akte von Algieras seine Zustimmung gegeben, fast zugleich ist der talent- und taktvolle Leiter der Konferenz, der spanische Minister von Almodovar, aus dem Leben geschieden. Die Zustimmung des Sultans befreit die Situation von dem wichtigsten der wenigen dunkeln Punkte, die noch über dem Konferenzergebnis schwebten, ihrem so frühzeitig in die Ewigkeit abgerufenen Präsidenten wird die ganze an der Konferenz beteiligte diplomatische ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren. Der Herzog, der im Jahre 1900 der Abordnung angehört hatte, die dem deutschen Kronprinzen den Orden des Goldenen Vlieses nach Berlin überbrachte, war deutschen Verhältnissen nicht nur nicht fremd, sondern hatte Sympathien für Deutschland, das in ihm einen Freund in Spanien verloren hat.

Zu diesen beiden Vorgängen gesellt sich als dritter und für uns wichtigster die Rede, in der der Kaiser in Cuxhaven nach der Rückkehr von seinem Ausfluge nach Nordern des Reichskanzlers, „seines ersten Ratgebers“, mit großer Wärme gedachte. Ob der Kaiser damit nur seine Freude über die Wiederherstellung des Fürsten Bülow bekunden oder ob er zugleich „dem Geraune und Geflüster“ ein Ende machen wollte, das — zum Teil durch achselzuckende Bemerkungen sonst gut unterrichteter Kreise getragen — bald die Genesung des Kanzlers und dem entsprechend seine Fortführung des Kanzleramts, bald das Verhältnis des Kaisers zu ihm in Frage zu stellen beflissen war, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat es dem Kaiser eine hohe Genugtuung bereitet, allen den gegenteiligen Ausstreuungen und Bestrebungen einen dicken Strich durch die Rechnung zu ziehn, indem er die Genesung des Reichskanzlers als erfreuliche Tatsache verkündete und ihm dabei seine volle Anerkennung gerade für die Leitung der Marokkopolitik aussprach, die nach mancherlei Andeutungen Gegenstand einer Meinungsverschiedenheit zwischen Kaiser und Kanzler gewesen sein sollte. Auf alle Fälle ist der Kaiser, wie diese erneute Bekundung seines vollen Vertrauens bezeugt, mit dem Endergebnis sehr zufrieden gewesen. Er hat damit eine Politik anerkannt, die den Frieden dadurch anstrebte und erhielt, daß sie vor der Erklärung nicht zurückschreckte, im Notfalle zum höchsten Einsatz bereit und entschlossen zu sein. Dem Vertrauen des Kaisers darf das Vertrauen sämtlicher Bundesfürsten zur Seite gestellt werden,

daß dem Reichskanzler nach seiner Erkrankung in so reichem Maße bekundet worden ist.

Die Redewendung, die man in den letzten Monaten als wohl besonders weise Kritik vernehmen konnte, daß Fürst Bülow in der Marokkosache „Glück gehabt habe“, erinnert an einen Ausspruch Bismarcks aus den neunziger Jahren, als der alte Reder auf eine ähnliche irgendwo gefallene Bemerkung, daß weniger sein Verdienst als sein Glück in Betracht komme, mit den Worten erwiderte: Ich will dem Kaiser immer Minister wünschen, die Glück haben. Das „Glück“ in der Politik pflegt doch weniger Sache des Zufalls zu sein als vielmehr das Ergebnis des Zusammenwirkens gut berechneter oder vorsorglich herbeigeführter klug benutzter Umstände. In der Politik wie im Kriege. Gewiß hat Moltke bei Sedan „Glück“ gehabt, aber dieses Glück war eben das Ergebnis seiner klugen, umsichtigen Erwägungen. Der einzige glückliche Zufall vielleicht, durch den Bismarck in seiner langen Laufbahn begünstigt worden ist, war im Herbst 1863 der Tod des Königs Friedrichs des Siebenten von Dänemark, weil die schleswig-holsteinische Sache dadurch in Fluß kam. Aber sonst kann man schwerlich behaupten, daß er auf dem ganzen Gebiete seiner äußern und innern Politik durch glückliche Zufälligkeiten begünstigt worden sei. Worin sollte aber das „Glück“ des Fürsten Bülow in der Marokkofrage bestehen? Im Gegenteil, er hat dabei keinen einzigen glücklichen Zufall zu verwerthen, wohl aber ein sehr großes Maß von Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten aller Art zu überwinden gehabt, im gegnerischen Lager, bei den Freunden und Neutralen, sowie im eignen Lager. Wenn es ihm trotzdem gelungen ist, ein Resultat zu erreichen, bei dem die vertragsmäßigen Rechte des Deutschen Reichs nicht zu kurz kamen, sondern zur vollen Geltung gelangten — und um mehr konnte und sollte es sich nicht handeln —, so konnte doch nur eine kluge und umsichtige Politik zu diesem Ergebnis ohne Konflikt und ohne Preisgebung einer Hauptfrage gelangen. Es war sicherlich kein ganz leichtes und einfaches Beginnen, dem von England, Italien, Rußland und Spanien unterstützten Frankreich den marokkanischen Bissen, den dieses zu verschlingen sich anschickte, wieder aus den Zähnen zu nehmen und auf den Konferenztisch zu legen. Es konnte dabei kein anderer Weg gegangen werden als der, daß man die Franzosen nicht im Zweifel darüber ließ, Deutschland sei zu einer internationalen Regelung bereit, werde aber einem Aufwerfen der Machtfrage mit seinen eignen Machtmitteln entgegentreten. Der Temps hat jüngst verraten, daß die Erklärung des deutschen Botschafters, Deutschland stehe hinter Marokko, der französischen Republik zweihundert Millionen Francs für die Ausfüllung der wichtigsten Lücken der Verteidigung der Ostgrenze gekostet habe. Für Deutschland kam es darauf an, den Moment richtig zu wählen, um festzustellen, ob Frankreich entschlossen sei, für die Durchsetzung seiner marokkanischen Ansprüche das Schwert zu ziehen, oder ob es einer friedlichen internationalen Regelung den Vorzug geben würde, bei der es nach den Worten des deutschen Reichskanzlers weder Sieger noch Besiegte geben sollte. Auch in Paris haben damals entgegengesetzte Einflüsse einander die Wage gehalten, schließlich hat die gesunde Vernunft obgesiegt. Sicherlich ist Frankreich in der Absicht zur Konferenz gegangen, dem Abkommen mit England dort die internationale Sanktion geben zu lassen und am grünen Tisch zu Algericas zu erreichen, was in den Verhandlungen mit Deutschland nicht zu erreichen gewesen war. Aber die französische Diplomatie mußte sich überzeugen, daß die Konferenz für Deutschland mehr bedeutete als eine Form, mit Anstand aus einer unbequemen Situation herauszukommen, die zudem für Deutschland gar nicht so unbequem war, als von einzelnen Regierungen angenommen wurde. Denn Deutschland handelte als Anwalt nicht nur seiner eignen, sondern internationaler Rechte und als Verfechter des Grundsatzes, daß über souveräne Gebiete, in denen andre Mächte vertragsmäßige Rechte haben, nicht von seiten dritter beliebig verfügt werden dürfe. Es ist dies ein Grundsatz, dem eigentlich keine Macht die Anerkennung versagen konnte. Ihm die internationale Anerkennung gesichert und ihn erfolgreich durchgesetzt zu haben, bleibt

das Verdienst der deutschen Politik, insbesondere des deutschen Reichskanzlers; die Konferenz von Algeciras ist damit zu einem unter den heutigen internationalen Verhältnissen und bei dem allgemeinen Expansionsbedürfnis wichtigen und wertvollen Präzedenz geworden. Der Umstand, daß wir in Algeciras einem Zusammenschluß von fünf Mächten gegenüberstanden, wird in der deutschen Presse gelegentlich immer noch als ein Zeichen der Schwäche und Isolierung behandelt. Das Ausland denkt anders darüber, und auch in Deutschland sollte doch endlich die Befriedigung an dem ungeachtet dieser Gegnerschaft erreichten Erfolge überwiegen. Gerade weil der Interessentenkreis auf französischer Seite in Algeciras so groß war, können wir mit dem Ergebnis um so zufriedener sein. Für Deutschland hat es sich dort um internationale Prinzipienfragen und Grundsätze, nicht um Einzelheiten gehandelt. In Anbetracht der tatsächlichen Verhältnisse sind jene sicherlich nicht zu kurz gekommen.

Der Reichskanzler, der in Rorderney fleißig reitet und schon dadurch die wiedergewonnene Vollkraft betätigt, hat durch sein Eingreifen in die bedauerlichen Verhältnisse bei der Kolonialabteilung seinen Entschluß zu erkennen gegeben, dort endlich reinen Tisch zu machen. Es würde das wahrscheinlich die Aufgabe des Kolonialsekretärs geworden sein, wenn der Reichstag nicht wider alles Erwarten diesen Posten versagt hätte; der stellvertretende Kolonialdirektor ist dazu außerstande. Weht man dieser merkwürdigen Ablehnung auf den Grund, so stellt sie sich als ein weltfisches Meisterstück heraus, das erfunden worden war, der Verstimmung über angebliche Schikanen durch die Behörden in Hannover, Nichtbestätigungen usw., Luft zu machen. Mit dieser Motivierung ist der Antrag auf namentliche Abstimmung vom Grafen Bernstorff in privaten Erklärungen begleitet worden. Die Berechnung, die dabei zugrunde lag, war sehr einfach. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung sollte laut Verabredung unter den großen Parteien nicht stattfinden. Das Zentrum, wenig angenehm überrascht, konnte nun nicht umhin, einen Antrag, der seiner eignen Stellung entsprach, zu unterstützen, die Sozialdemokraten taten das Gleiche. Damit war das Unheil besiegelt. Vielleicht hat die Vorbereitung dieses Beschlusses noch eine Geheimgeschichte, die auch einmal zutage kommen wird. Das Weltentum wird seine politischen Ansprüche damit schwerlich verbessert haben.

Die sich auf den Reichsoberhausgedanken beziehenden Ausführungen im letzten Heft der Grenzboten sind von einigen Blättern in einem dürftigen und ungenauen Auszuge wiedergegeben worden, man hat in Kürze dementsprechende Kommentare daran geknüpft. Ein den Ausführungen sachlich zustimmendes Berliner Blatt (die Tägliche Rundschau) bezeichnet sie schließlich als Hochsommergedanken, der Hannoverische Courier hält „für ausgeschlossen“, daß liberale Parteien oder Gruppen für die Anregung der Grenzboten zu haben seien. Man soll in der Politik bekanntlich niemals „niemals“ sagen. Die Tägliche Rundschau wird mit der Zeit vielleicht erkennen, daß es sich um Gedanken handelt, die sie nicht nur im Hochsommer, sondern auch im Winter — es braucht gerade noch nicht der nächste zu sein — beschäftigen dürften, und der Hannoverische Courier wird sich zur gegebenen Zeit daran erinnern, daß es die nationale und liberale Mehrheit der Frankfurter Nationalversammlung gewesen ist, die im Jahre 1849 das Staatenhaus beschloß. Später sind es die liberalen deutschen Fürsten gewesen: Baden, Oldenburg, Weimar, Meiningen und Coburg, die 1867 wie 1870 mit großem Eifer für diesen Gedanken eintraten, nicht nur in gelegentlichen Gesprächen, sondern in amtlichen Denkschriften und formulierten Anträgen, und vor allen der damalige Kronprinz hielt sehr daran fest. Würde Kaiser Friedrich gesund auf den Thron gekommen sein und länger regiert haben, so würden ohne Zweifel die „liberalen Gruppen“ in die Lage gekommen sein, ihm bei der Verwirklichung des Gedankens zu helfen. Denn Kaiser Friedrich war von jeher ein Gegner des allgemeinen Stimmrechts gewesen und geblieben, gegen dessen unheilvolle Folgen er in einem Oberhause das anzustrebende, dringend nötige Gegengewicht sah. Bismarck ist 1867 nicht darauf eingegangen,

weil er den Norddeutschen Bund nur als ein Provisorium ansah, das jedoch so schnell als möglich unter Dach und Fach gebracht werden müßte. \*) Die Bildung eines Oberhauses war ihm unter den damaligen Verhältnissen eine schwierige und zeitraubende Materie, die er der Zukunft vorbehielt. Er hat sich über den Zeitpunkt, wann damit vorgegangen werden könne, in einem Diktat aus Puttbus vom 19. November 1866, das sich wesentlich mit der Zusammensetzung des Bundestags (Bundesrats) in der „neuen deutschen Verfassung“ beschäftigte, wie folgt ausgesprochen:

„Das Zweikammersystem halte ich auf die Bundesverhältnisse nicht für anwendbar. Die Maschinerie wird zu schwerfällig, da abgesehen von der Masse der Landtage eine Vertretung der Souveräne in den Reichsangelegenheiten unumgänglich ist, das Reich also mit dem Zweikammersystem notwendig drei per majora beschließende Körper und neben ihnen das Präsidium und Oberfeldherrnthumb mit unabhängigen Attributen haben würde. Eine weitere Ausbildung des Bundestages im Sinne eines Oberhauses kann sich vielleicht in Zukunft historisch entwickeln; damit müßte aber die schärfere Ausprägung des Kaisertums an Stelle der Präsidial- und Feldherrn-Attributionen Hand in Hand gehn.“

Dieser Satz ist in doppelter Hinsicht von historischem Interesse. Er beweist, daß Bismarck schon im Herbst 1866 den Reichsgedanken (Reich, Reichsangelegenheiten) sowie das Kaisertum als feststehende Tatsachen ansah und behandelte. Wenn er dennoch von der Einführung dieser Bezeichnungen in die Verfassung Abstand nahm, so geschah es, weil er den Titel, der dem Ganzen zumal, nicht auf den Torso anwenden wollte, auch wäre der König damals aus eben diesem Grunde nicht dafür zu haben gewesen; sodann wollte er auch Frankreichs Argwohn nicht herausfordern, gerade weil er den Krieg für wahrscheinlich und nahe bevorstehend hielt (siehe Seebach oben zitierten Bericht). Gleichsam als eine verheißungsvolle Anweisung auf die Zukunft ließ er vom Reich nur den „Reichstag“ für die norddeutsche Verfassung zu. Der zweite Punkt von Bedeutung in diesem Diktat ist die Andeutung des Zeitpunkts für die Umwandlung des Bundestags (Bundesrats) in ein Oberhaus. Das dereinstige Oberhaus schwebte Bismarck im wesentlichen als „Staatenhaus“ vor, wenngleich er in demselben Diktat vom 19. November 1866 „auch ein hervorragendes Mitglied der aristokratischen, industriellen und Handelskreise und andre“ als preussische Glieder des Bundestags (Bundesrats) in Aussicht nahm.\*\*\*) Es sind damit die Grundzüge für ein künftiges, aus dem Bundesrat zu entwickelndes Oberhaus schon von Bismarck selbst gegeben. Zugleich kann man daraus auch sehen, weshalb er dennoch im Jahre 1870, den Wünschen des Kronprinzen und einflußreicher deutscher Souveräne zuwider, auf das Oberhaus nicht zurückgekommen ist. Die Ausprägung des Kaisertums war ihm dazu bei weitem nicht scharf genug, und angesichts der bayerischen Reservatbestrebungen mochte er befürchten, daß sich diese in einem künftigen Oberhause ganz besonders zur Geltung zu bringen suchen würden. Bayerischerseits scheint man übrigens in den Pariser Verhandlungen auf ein Oberhaus keinen Wert gelegt zu haben. — Heute steht die Sache wesentlich anders. Die Attributionen des Kaisertums haben in mehr als einem Menschenalter eine scharfe und weitgehende Prägung erfahren, der Bundesrat hat mehr und mehr den Charakter eines Staatsrats angenommen, der gemeinsam mit dem Reichskanzler und den Reichsämlern die Gesetzentwürfe vorbereitet und die Beschlüsse des Reichstags prüft. Der Bundesrat kann sich darum auch nicht mehr in ein Oberhaus verwandeln. Er muß als Staatsrat des Reichs und dabei zugleich als

\*) Bericht des Ministers von Seebach an den Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha über eine Unterredung, die er im Auftrage des Herzogs mit dem Kronprinzen hatte. (Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, Bd. III, 634/35).

\*\*) Keudell: Fürst und Fürstin Bismarck, S. 337.

Repräsentant der Souveränität der Bundesfürsten erhalten bleiben, der nicht zugunsten eines parlamentarischen Körpers abdanken kann. Das Oberhaus würde mithin außerhalb des Bundesrats und neben diesem zu konstituieren sein. Bismarcks Befürchtung von 1866 wegen dreier per majora beschließender Versammlungen würde entsprechend seiner eignen damaligen Voraussicht heute nicht mehr zutreffen. Der Bundesrat hält verhältnismäßig wenig Sitzungen, die beiden Häuser des Reichstags werden oft nebeneinander tagen können, zumal bei Einführung zweijähriger Etatsperioden. Sollte dennoch das Gesetzgebungstempo langsamer und die Fülle neuer Gesetze geringer werden — dann um so besser!

Nun würde ja selbstverständlich das Oberhaus die Zusammensetzung des andern Hauses niemals direkt beeinflussen. Da mit dem allgemeinen Stimmrecht unsre größten Städte immer mehr der Sozialdemokratie verfallen, wird der regierende Teil des Reichstags dauernd eine unerwünschte Stärke behalten. Aber sobald ein Oberhaus vorhanden ist, wird der Reichstag bei seinen Beratungen darauf Rücksicht nehmen müssen, daß seine Beschlüsse für das Oberhaus annehmbar bleiben. Der Bundesrat sieht sich jetzt viel eher in der Notwendigkeit, auch solchen Reichstagsbeschlüssen seine Zustimmung geben zu müssen, die ihm nicht gefallen, sogar solchen, die in den Debatten von ihm als unannehmbar bezeichnet worden sind; er hat eben mit den Parteien und der Gesamtlage zu rechnen. Das Oberhaus wäre in seiner Stellung durch solche Erwägungen nicht beeinflusst. Bundesrat und Reichsämler würden an ihm einen starken Rückhalt haben und dem Reichstage gegenüber nicht mehr so isoliert wie heute dastehen. Ebenso würden die staats-erhaltenden Parteien des Reichstags am Oberhause eine nützliche und erwünschte, von den Parteiinteressen losgelöste Stütze finden. Das sind die Gründe, die mehr und mehr dazu drängen, an die Realsierung des Oberhauses, die im Jahre 1867 wie 1870 der Zukunft vorbehalten wurde, heranzutreten.

Die Kreuzzeitung kommt in ihrer letzten Wochenschau ebenfalls auf den Gegenstand zurück, will ihm aber nicht näher treten, weil sich für seine Verwirklichung „zurzeit“ keine Mehrheit im Reichstage finden würde. Das bleibt doch abzuwarten. Außerdem trennen uns von den Neuwahlen nur noch zwei Jahre, es wäre mithin durchaus an der Zeit, in eine Erörterung über dieses Thema einzutreten. Je gründlicher diese ausfällt, um so eher wird man sich davon überzeugen, daß die theoretischen Hindernisse, die auch die Kreuzzeitung in der Frage sieht, wie in einem Bundesstaate ein Oberhaus eingerichtet sein solle, und wie man sich das Nebeneinanderwirken der drei Körperschaften zu denken habe, in der Praxis nicht bestehen würden. Wie ein Oberhaus in einem Bundesstaate einzurichten sei, lehrt die Reichsverfassung von 1849, auch den Beispielen der Schweiz und der Vereinigten Staaten von Nordamerika wäre manches zu entnehmen. Im heutigen Reichstage kommen die heutigen politischen Parteien zur Geltung, hinter deren Interessen das Reichsinteresse oft genug zurücktreten muß. Im Oberhause würde das Reichsinteresse in Verbindung mit den einzelstaatlichen Interessen seinen von den Parteibildungen des heutigen Reichstags losgelösten Ausdruck finden.

Wir gehen jetzt einer ruhigeren Periode in der auswärtigen Politik entgegen, nutzen wir diese Frist, die vielleicht nicht von langer Dauer sein wird, sowohl für den ruhigen Ausbau unsrer Wehrmacht als für brennende innere Fragen. \*g\*

Weltpolitik und Heimatpolitik. In weiten Kreisen Deutschlands herrscht die Ansicht vor, daß wir gezwungen seien, heimische Fabrikate zu exportieren, weil unsre Landwirtschaft 60 Millionen Menschen nicht ernähren könne, und weil wir jährlich Kolonialwaren im Werte von 1½ Milliarden Mark mit heimischen Fabrikaten bezahlen müßten. Die erste Ansicht ist meiner Meinung nach irrig, die zweite richtig. Professor Delbrück hat vor einigen Jahren als Rektor der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin in einer Rede unter anderm gesagt: „Kann die landwirtschaftliche Produktion noch einmal verdoppelt werden? Ich nehme keinen Anstand, diese Frage

ohne weiteres zu bejahen. In dem letzten Jahrzehnt ist die Erzeugung des Roggens um 19 vom Hundert, bei Weizen um 10 vom Hundert, bei Gerste um 3 vom Hundert, bei Kartoffeln um 25 vom Hundert gestiegen. Die hohen Ernten der letzten Jahre zugrunde gelegt, entnehmen wir vom Morgen an Roggen nur 5,9, an Weizen 7,5, an Gerste 6,85, an Kartoffeln 49,9 Zentner im Durchschnitt. Sind das Erträge, wie sie auf hochkultivierten Gütern erreicht werden? Sind das Erträge, wie sie auch nur auf guten Wirtschaften des Sandbodens befriedigen?"

Ich weiß, daß z. B. hochkultivierter Sandboden 12 Zentner Roggen vom Morgen geben kann. Nicht nur 45, sondern 120 Millionen Menschen kann die deutsche Landwirtschaft ernähren, wenn ihr nur durch den notwendigen Schutz die Möglichkeit geboten ist, einen Gewinn zu erreichen, der außer dem üblichen Zinsfuß eine bescheidne Risikoprämie einschließt. Mit Dividenden von 8 oder 10 Prozent, die in den Augen des Großindustriellen nicht sehr hoch erscheinen, rechnet die Landwirtschaft nicht. Nicht ein einziges Pfund Fleisch braucht importiert zu werden, wenn sich die Regierung nur durch noch so lauten Lärm nicht verleiten läßt, den Schutz zu beseitigen, der im Interesse der Viehzüchter ausgerichtet ist. Ich fürchte keinen Fleischwucher durch die Fleischproduzenten, die Produktionsmöglichkeiten sind so, daß die Konkurrenz schon für billiges Fleisch sorgen wird. Das alte Wort „Hat der Bauer Geld, hats die ganze Welt“ besteht auch heute noch zu Recht. Hat aber der Bauer Geld, wenn es der Kaufmann und der Fabrikant besitzen? Nein, dieser wird, je reicher er ist, je mehr seine Macht gebrauchen, seinen Arbeitern und Hilfskräften nicht billiges, sondern das billigste Brot zu verschaffen, einerlei, ob dabei so und so viele Millionen ländlicher Grundbesitzer und Arbeiter Not leiden müssen. Ich nehme nicht an, daß dem Kaufmann und dem Industriellen die Landflucht in England als ein idealer Zustand erscheint; 20 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande, 80 Prozent in den Städten, aber er wird denselben Zustand in Deutschland auch nicht hindern, solange er seinen Interessen dienlich ist. Unsere Landwirtschaft produziert jährlich für etwa 8 Milliarden Mark; je mehr sie produziert, je mehr kann sie dem Fabrikanten an Fertigprodukten abnehmen; der Bauer ist der sichere, der Ausländer der unsichere Abnehmer. Solange wir eine vernünftige Agrarpolitik treiben, braucht uns vor dem Anwachsen der Bevölkerung nicht bange zu werden, erst wenn englische Zustände bei uns Platz greifen sollten, wenn ganz Deutschland ein Fabrikplatz geworden ist, 80 Prozent der Bevölkerung von Handel und Industrie leben, die schwache ländliche Bevölkerung nur einen sehr kleinen Teil der Fabrikate zu kaufen vermag, und das ganze Land auf den Export angewiesen ist, wenn es nicht verhungern will, erst dann droht das Gespenst der Übervölkerung.

Es ist richtig, daß wir für  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Kolonialwaren eintauschen müssen; diese werden wie jetzt so auch in Zukunft mit Fabrikaten gezahlt, und es wäre zu wünschen, daß wir einen so großen Anteil unsers Bedarfs an Kolonialwaren, wie nur immer möglich, aus unsern eignen Kolonien beziehen könnten. Also eine Expansion des Deutschen Reiches wird nicht zunächst durch die Notwendigkeit verursacht, große Landmassen in fremden Ländern zu erwerben, um für die anwachsende Bevölkerung Raum und Ackergebiete zu gewinnen. Wir wachsen jährlich um 800 000 Menschen; auch wenn es gelänge, jedes Jahr 400 000 davon über See anzusetzeln, was eine Unmöglichkeit ist, dann wären doch immer noch 400 000, in zehn Jahren 4 Millionen, in fünfzig Jahren 20 Millionen Menschen mehr als heute. Nach fünfzig Jahren wird ein Schriftsteller dann vielleicht erklären, Deutschland könne wohl 60 aber nicht 80 Millionen Einwohner ernähren.

Aber wir brauchen Land zur Erzeugung von Baumwolle, Tee, Kaffee, Kakao, Gummi, Reis usw., d. h. es ist erwünscht, daß wir einen möglichst großen Teil unsers Bedarfs an diesen Stoffen unsern eignen Kolonien entnehmen können, unbedingt notwendig sind eigne Kolonien hierzu nicht, das beweist am besten der Umstand, daß wir jetzt nur einen kaum nennenswerten Teil unsers Bedarfs an Kolonialprodukten aus unsern überseeischen Besitzungen beziehen. Das Land, das

uns Baumwolle, Kaffee und Reis verkaufen will, muß in Austausch unsre Produkte nehmen. Unbedingt notwendig ist eigener Kolonialbesitz nur dann, wenn zum Beispiel der Bedarf an Baumwolle die Produktion so stark überschreitet, daß die Gefahr für uns besteht, unsern Bedarf aus fremden Ländern nicht decken zu können.

Wir sind auch ohne großen Kolonialbesitz die erste Kontinentalmacht, ein großes, starkes und reiches Volk geworden, und je mehr zu befürchten ist, daß fremder Imperialismus erstarrt, und daß wir vom Welt handelsmarkt verdrängt werden könnten, je mehr müssen wir Vorkehrungen für eine gesunde Heimatpolitik treffen. Und inzwischen müssen wir in aller Stille unsre Flotte weiter ausbauen, zum Zünglein an der Wage, nicht als Störer, sondern Erhalter des ehrenvollen Friedens. „Die Zukunft gehört dem, der zu warten weiß.“

Graf Baudissin, Kaiserl. Bezirksamtman a. D.

Die agrarischen Zustände Ungarns. Josef Graf Mailath gibt in seinen Studien über die Landarbeiterfrage in Ungarn (mit einer Karte, Franz Deuticke, Wien und Leipzig, 1905) einen Begriff von der Größe und der Schwierigkeit der sozialökonomischen Aufgaben, die der ungarische Staat zu lösen hätte, wenn seinen Politikern ihre Kämpfe um die Macht Zeit dazu ließen. Abgesehen von gewissen Modifikationen, deren Ursachen ein bis auf die Anfänge des ungarischen Staates reichender geschichtlicher Rückblick klar macht, hatte die 1848 „überstürzt“ vollzogene Bauernbefreiung dort dieselbe Wirkung wie in Deutschland: sie spaltete die bis dahin ziemlich gleichförmige ländliche Bevölkerung in eine Bauernaristokratie und in besitzlose Lohnarbeiter, indem eine Klasse der kleinen Bauern ihren Anteil am Herrenacker ganz verlor und dazu die Nutzung der Gemeinweide einbüßte, ein anderer Teil so wenig bekam, daß er vom Ertrag nicht leben konnte und sein Land, besonders bei Erbteilung, an größere Bauern und an Großgrundbesitzer verkaufen mußte. Diesen Prozeß beschleunigten: die Unbeholfenheit der an Naturalwirtschaft gewöhnten Leute im Geldverkehr, ihre Leichtgläubigkeit, der Geldbedarf, den die Vernichtung der Hausindustrie, besonders der Weberei für den eignen Bedarf, durch Maschinenenerzeugnisse erzeugte, die gekauft werden mußten, der gänzliche Mangel einer guten Kreditorganisation. Nun gab es aus Ursachen, die in dem historischen Rückblick erklärt werden, in Ungarn ohnehin schon vor der Bauernbefreiung mehr landlose Lohnarbeiter als anderswo, und diese samt den neu entstandenen blieben, da Industrie fehlte, auf die Landwirtschaft angewiesen. Diese aber hatte sich in der Zeit der hohen Getreidepreise so ausschließlich dem Körnerbau zugewandt, daß ihm 82 Prozent der Anbaufläche, im Theiß-Marosbecken sogar 91 Prozent gewidmet sind, und der Körnerbau gewährt nur unterbrochene und höchst ungleichmäßige Beschäftigung: er fordert die meisten Monate gar keine Arbeiter und in der Ernte viermal so viel als zur Zeit der Ackerbestellung und der Aussaat. Auf dem Großgut ersparen dazu Maschinen viel Handarbeit, und der ganze Betrieb ist extensiv, sodaß er verhältnismäßig wenig Leute braucht. Die Folge von alledem ist, daß ländliche Tagelöhner, die keine Nebenbeschäftigung haben, nur etwa 88 Tage im Jahre beschäftigt sind und es nicht höher als auf 160 bis 250 Kronen Jahreseinnahme bringen. Der Tagelohn für Männer beträgt dort, wo keine Kost gewährt wird, im Winter 91, im Frühjahr 111, im Sommer (bei der Getreideernte) 174, im Herbst 127 Heller. Zu alledem kommt noch eine höchst ungünstige Verteilung des Grundbesitzes: die mehr als fünfhundert Hektare großen Güter nehmen beinahe ein Drittel der gesamten Bodenfläche ein (im Deutschen Reich ein Zehntel), und eine ungleichmäßige Verteilung der Bevölkerung: sie ist im Alföld, der Tiefebene mit gutem Weizenboden, am dichtesten, am aller dichtesten an der untern Theiß. Die Leute bleiben dort kleben, weil sie sich einbilden, dieser fruchtbare väterliche Boden gehöre ihnen und müsse ihnen über kurz oder lang wieder zufallen, den Erwerb aber erschwert gerade ihr Landhunger, der bei Verkäufen die Preise in die Höhe treibt.

So war also die Stimmung für den Agrarsozialismus vorhanden, als die Budapester Agitatoren anfangen, den Sozialismus zu predigen. Klug knüpfen sie an die augenblicklichen Beschwerden der Leute an, und diese entspringen meist aus den Verträgen über Erntearbeit. Der Lohn für diese wird in Gestalt eines Anteils am Ertrag entrichtet, und wenn die Ernte schlecht auszufallen, der Anteil des Tagelöhners zu gering zu werden droht, will dieser den vorher geschlossenen Vertrag ändern, der Stuhlrichter aber pflegt, wenn der Streit vor ihn gebracht wird, für den Besitzer Partei zu nehmen. So sind die Arbeiterunruhen, besonders der große Erntestreik von 1897 entstanden, den teils Militär unterdrückt, teils ein Aufgebot von 5277 Reservearbeitern vereitelt hat. Energetische Maßregeln waren notwendig, weil, wie Mailath hervorhebt, in dem Agrarlande Ungarn der Verderb der Getreibeernte den Verlust von beinahe einem ganzen Jahreseinkommen der Nation bedeutet.

Der Ausbruch des von der Sozialdemokratie geschürten Volksumwillens und die sozialistischen Kongresse haben jedoch neben dem vorübergehenden Schaden, den sie anrichteten, eine dauernde wohlthätige Frucht hinterlassen. Wenngleich die meisten Forderungen der von städtischen Doktrinären geleiteten Kongresse, zum Beispiel die einer zwölfstündigen Arbeitszeit in der Ernte, unerfüllbar sind, so waren doch auch gerechtfertigte und erfüllbare darunter, und da eine von gebildeten Landwirten geleitete Organisation, die von vornherein ein vernünftiges Reformprogramm hätte aufstellen können, leider nicht vorhanden war, so muß man auch für den von unberufener Seite gegebenen Anstoß dankbar sein. Zunächst beekten sich Regierung und Parlament, die Erntearbeiten durch das Gesetz von 1898 zu sichern, das Strafen wegen Kontraktbruchs verhängt. Doch regelt dieses Gesetz zugleich die Verträge über Erntearbeit, stellt den Arbeiter einigermaßen sicher und beseitigt so eine Menge Anlässe zu Streitigkeiten. Im Jahre 1899 folgten dann zwei Gesetze, die sich auf alle landwirtschaftlichen und auf die Erdarbeiter beziehen und die einen mächtigen Arbeiterschutz enthalten. Auch mit der Arbeiterversicherung wird ein bescheidener Anfang gemacht. In gewissen Krankheitsfällen wird dem Gutsbesitzer die Zahlung der Heilkosten auferlegt. Für Unfälle und Invalidität sind Hilfsklassen organisiert worden, deren Benutzung jedoch den Arbeitern freigestellt bleibt, sodaß die Kassenverbände den Charakter von Vereinen haben; die Unterstützungssummen werden durch Mitgliederbeiträge und durch Zuschüsse des Staates und der Gutsbesitzer aufgebracht. Bei Unfällen bestreitet die Kasse die Heilkosten und zahlt dem Verletzten bis zu der Wiederherstellung täglich eine Krone, aber höchstens sechzig Tage lang. Hat der Unfall den Tod zur Folge, so bekommt die Familie einmal 400 Kronen. Hinterläßt der Verstorbene weder Frau noch Kinder, so werden hundert Kronen Begräbniskosten gezahlt. Der Invalide bekommt monatlich zehn Kronen. Wer bis zu seinem fünfundsiechzigsten Lebensjahre weder Unfall- noch Invaliditätsunterstützung bezogen hat, erhält hundert Kronen ausgezahlt, ohne daß dadurch seine sonstigen Ansprüche an die Kasse verloren gehn. Stirbt der Versicherte nicht infolge eines Unfalls, so erhält die Familie eine einmalige Unterstützung von 200 bis 270 Kronen. Um die Kassen nicht gleich anfangs mit Verpflichtungen zu überladen, hat man angeordnet, daß nur vierzehn- bis fünfunddreißigjährige Arbeiter Mitglieder dieser Vereine werden können. In den ersten fünf Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes werden — gegen höheres Eintrittsgeld — auch ältere Arbeiter, aber nur bis zum fünfzigsten Lebensjahr, angenommen.

Selbstverständlich beurteilt Mailath die Dinge von seinem Standpunkt als Graf und Großgrundbesitzer aus, aber man muß es ihm lassen, daß er sich einen hohen Grad von Unparteilichkeit gewahrt hat, von sozialem Empfinden beseelt ist und seine Standesgenossen nicht schont. Er gibt zu, daß die Verwaltung und die Rechtsprechung schlecht sind, daß die Regierung und die Parteien aus selbstfüchtigem Interesse der Genossenschaftsbewegung und sonstigen Bestrebungen für das Volkwohl Hindernisse bereiten, daß sich die Gutsbesitzer — von löblichen Ausnahmen

abgesehen — um das Los der Arbeiter nicht kümmern, und daß das soziale Empfinden, das die Unruhen in den impulsiven Magyarenherzen geweckt hatten, rasch wieder verfliegen ist. Eine durchgreifende Reform würde, auch nach Mailath, nicht nur die hier angeedeuteten Anfänge, zu denen auch Volksbibliotheken, landwirtschaftliche Schulen und Vereine gehören, fortführen müssen, sondern auch für innere Kolonisation, Begründung von Industrie und Kleingewerbe und Umgestaltung des landwirtschaftlichen Betriebs, namentlich für die Ausdehnung des Anbaus von Hackfrüchten und Handelsgewächsen und der Milchwirtschaft, zu sorgen haben.

Ringsum Napoleon. Unter diesem etwas seltsam klingenden Titel hat der berühmte norwegische Novellist Alexander L. Kielland kürzlich ein Buch veröffentlicht, das soeben auch in einer vortrefflichen, leicht lesbaren deutschen Übersetzung von Friedrich Leskien und Marie Leskien-Vie erschienen ist (bei Georg Meiseburger in Leipzig. Zwei Bände, geheftet 6,50 Mark, gebunden 8 Mark, in einen Band gebunden 7 Mark). Wer das Werk mit knappen dünnen Worten charakterisieren wollte, dürfte in Verlegenheit kommen. Es ist keine streng historische Darstellung, keine eigentliche Biographie, keine Anekdotensammlung, kein Roman, aber doch von alledem etwas — ein historisches Gruppenbild mit einer überragenden Gestalt im Mittelpunkt und gesehen mit dem Auge und dem Temperament eines Künstlers. Wie es Maler und Bildhauer gibt, die die äußere Erscheinung einer der Vergangenheit angehörenden Persönlichkeit auf Grund von mehr oder minder ähnlichen zeitgenössischen Bildnissen, von schriftlichen Überlieferungen und von Messungen an dem der Ruhe des Grabes entrisenen Schädel zu rekonstruieren versuchen und einzelne kleine Züge aus freier Phantasie oder nach analogen Beobachtungen ergänzen, so hat Kielland mit der Feder ein Porträt Napoleons entworfen, für das er sich jede einzelne Linie und Farbe aus der überreichen Napoleonliteratur, die bekanntlich eine stattliche Bibliothek ausmacht, zusammengesucht und mit der Schöpferkraft des echten Dichters zu einem neuen Bild von großartiger Auffassung verschmolzen hat. Es gewährt einen eigentümlichen Reiz, sich in dieses strenge, kalte Bild zu vertiefen und sich bei der Lektüre des Buches an die tausend Einzelheiten, die man von und über Napoleon gelesen hat, zu erinnern. Wir verfolgen die große Kurve seines Lebenslaufs, die mit dem italienischen Feldzuge des jungen Revolutionsgenerals beginnt, mit dem Siege bei Jena ihren Höhepunkt erreicht und dann langsam aber stetig abwärts führt, bis sie auf dem einsamen Felsen im Dzean endet.

Offenbar hatte sich der Verfasser die Aufgabe gestellt, den psychologischen Wechselwirkungen nachzugehen, die Napoleons Beziehungen zu seinen Zeitgenossen, besonders zu seiner nächsten Umgebung, den Verwandten, den Heerführern und den Soldaten so interessant machen. Er wollte ergründen, wie der kleine Mann es fertig gebracht hat, seinen Willen auf den kompliziertesten Organismus einer vieltausendköpfigen Armee zu übertragen, daß sie in seiner Hand wie ein willenloses Werkzeug funktionierte. Aber er wollte auch deutlich machen, wie dieses Werkzeug anfang selbständig zu werden, sobald die geistige Kraft und der eiserne Wille seines Benutzers zu erlahmen begannen, und wie der Riesenapparat versagte, als die Generale, deren hervorragende Eigenschaften eigentlich nur der rücksichtslose Mut und der blinde Gehorsam gewesen waren, aufhörten, unbedingt auf das Glück ihres Kaisers zu vertrauen.

Man sieht, nicht gerade mit Erstaunen, aber mit steigendem Unbehagen, wie sich alle die Männer, die Napoleon aus dem Nichts emporgehoben und mit Gnaden, Ehren, Titeln und Reichümern überschüttet, die er zu Fürsten, Herzögen und Königen gemacht hatte, und deren Ehrgeiz er immer von neuem anzufachen mußte, mit wenig Ausnahmen als niedrige Charaktere, kleinliche Intriganten und skrupellose Verräter entpuppten, die sofort bereit waren, zu seinen Feinden überzugehen, als sie merkten, daß das Glück seine Fahnen zu verlassen begann. Seltsam mutet uns dabei an, daß sie Napoleon, obgleich er die meisten von ihnen schon früh

durchschaute und mit Hilfe eines wahrhaft kunstreichen Spionageapparats überwachte, doch nicht fallen ließ, sondern sich auch da noch ihrer bediente, wo ihm die einfachsten Gründe der Vorsicht geboten hätten, sie ihrer verantwortungsvollen Posten zu entheben. Das scheint zu bedeuten, daß ihm, dem Romanen, der Begriff der Treue im Sinne der germanischen Rasse völlig fremd war, und daß er sich einbildete, mit seinem alles überschauenden Blick und seiner straffen militärischen Organisation auch die ihm widerstrebenden Geister im Zaume halten und seinen Zwecken dienstbar machen zu können. In diesem Punkte ist der Fehler seines großen Rechenexempels zu suchen, und er selbst mag nicht wenig erstaunt gewesen sein, als sich gerade bei denen, deren Fähigkeiten er am wenigsten geschätzt hatte, schließlich die Anhänglichkeit an ihren gestürzten Herrn offenbarte.

Alles das stellt Rielland überzeugend dar. Es mag für ihn nicht leicht gewesen sein, die vielen Generale, von denen uns die meisten in mehreren Feldzügen wieder begegnen, und die fast ohne Ausnahme Wunder der Tapferkeit und der Geistesgegenwart zu verrichten pflegten, so zu charakterisieren, daß sie für den Leser Fleisch und Blut annehmen und sich voneinander abheben. Dieser Schwierigkeit ist sich Rielland bewußt gewesen, und er hat sich dadurch geholfen, daß er von jedem einzelnen, sobald er ihn aufmarschieren läßt, einen kleinen bezeichnenden Zug, eine Episode in anekdotenhafter Fassung erzählt, auf die er dann später, wenn dieselbe Gestalt wieder auftaucht, mit einer kurzen Wendung Bezug nimmt. Das ist ein einfaches Mittel, auf das die Historiker von Fach gewöhnlich verzichten, das es dem Leser aber wesentlich erleichtert, sich unter der Fülle von Erscheinungen zurechtzufinden.

Wertvoll scheint uns in dem Buche besonders der Hinweis auf Napoleons mangelndes Verständnis für Nationalgefühl. Schon bei dem Feldzuge von 1805 „huldigte er der gefährlichen Sitte, große Massen von Soldaten fremder Nationalität in seinen Dienst zu nehmen und von ihnen ohne weiteres dieselbe Tapferkeit und Treue wie von den Franzosen zu erwarten, wenn sie nur unter seinen Offizieren standen“. Die Folgen davon haben sich am deutlichsten bei Leipzig gezeigt. Am richtigsten noch mag er die Polen beurteilt haben. Ihre Freiheitsliebe und ihr Tyrannenhaß waren nicht nach seinem Geschmack, er schätzte sie als brauchbare Soldaten, aber er hielt sie mit halben Versprechungen hin und dachte nie daran, ihren Traum von der Errichtung eines Königreichs Polen zu erfüllen.

Wenn dem Verfasser die Schilderung des rein Persönlichen im allgemeinen besser geglückt ist als die des Historischen, so verdient seine Darstellung des Zuges nach Moskau doch als ein Meisterstück allgemeinverständlicher Geschichtsschreibung hervorgehoben zu werden. Ob Rielland seine Quellen überall kritisch benutzt hat, wird nur der Fachmann entscheiden können. Er gibt sich den Anschein, als habe er das gesamte Material gewissermaßen im Kopfe aufgespeichert und gebe die Tatsachen wieder, ohne die Literatur noch einmal zu Rate zu ziehn. Aber wir müssen gestehn, daß die genauen Angaben über Einzelheiten, die wir nachzuprüfen in der Lage waren, mit der häufig wiederkehrenden Wendung „soviel ich mich erinnere“ oder „wenn ich nicht irre“ nicht recht übereinstimmen wollten, denn ein so absolut zuverlässiges Gedächtnis, wie es Rielland zu haben vorgibt, ist bekanntlich bei produktiven Köpfen äußerst selten. Ein paar Kleinigkeiten, die uns aufgefallen sind, sollen nicht unerwähnt bleiben. Der Verfasser spricht bei Gelegenheit des Treffens bei Saalfeld von einem preußischen Prinzen Ludwig. Möglicherweise wird der junge Held, der hier den Tod fand, in den französischen Quellenwerken einfach Louis genannt, uns Deutschen ist er jedenfalls nur unter dem Namen Prinz Louis Ferdinand bekannt. Der Fanatiker, der in Schönbrunn das Attentat auf den Kaiser zu verüben versuchte, hieß Stapp, nicht Stabbs. Ein eisernes Kreuz für Zivilverdienste hat unsers Wissens Napoleon nie gestiftet; vermutlich ist mit der Dekoration, die er dem Opernsänger Crescentini verliehen haben soll, der Orden der eisernen Krone gemeint. Wenn Rielland aber den Grafen Karl Friedrich von Reinhard,

einen württembergischen Schulmeisterssohn, als Norweger „aus dem Christianianander Geschlecht“ bezeichnet, so müssen wir dagegen protestieren.

Überhaupt machen sich die spezifisch norwegischen Tendenzen des Verfassers hie und da ein wenig gar zu aufdringlich bemerkbar. Daß er als Demokrat im Grunde immer auf Seiten Napoleons oder richtiger des Revolutionsmannes Bonaparte steht, wollen wir ihm nicht einmal verdenken. Er versäumt keine Gelegenheit, die gekrönten Gegner seines Helden mit scharfer Ironie zu behandeln, so zum Beispiel wenn er berichtet, „der immer Maß haltende Friedrich Wilhelm“ habe sich in der Schlacht bei Jena damit begnügt, vom Pferde zu fallen, oder wenn er von der „asiatischen“ Falschheit des Kaisers Alexander spricht. Aber nicht besonders geschmackvoll finden wir es, daß er (Bd. I, S. 51) eine Parallele zwischen Napoleon und — Björnson zieht, und daß er es als eine seiner Hauptaufgaben betrachtet, Schweden und die Dynastie Bernadotte zu diskreditieren und lächerlich zu machen. Wir geben ohne weiteres zu, daß Bernadotte kein Musterknabe war, und daß er es, was die Treue gegen Napoleon anlangt, noch weniger genau nahm als die übrigen Kreaturen des Korjen; wir hätten es dem Verfasser auch schon geglaubt, wenn er es uns nur drei- oder viermal versichert hätte. Aber wir erfahren es beinahe in jedem Abschnitt, und die Polemik gegen das schwedische Königshaus wird ziemlich überflüssigerweise bis auf die jüngsten Ereignisse fortgeführt. Es macht beinahe den Eindruck, als läge den Norwegern daran, den Staatsstreich, mit dem sie im letzten Sommer die Welt überrascht und durch den sie Skandinaven, einst ein Reich dritten Ranges, in zwei Reiche sechsten Ranges verwandelt haben, nachträglich zu rechtfertigen.

Aber diese Konzession an den politischen Fanatismus seiner Landsleute ist auch das einzige, was wir an Niellands Buch aussetzen haben.

Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß in dem genannten Verlage auch Niellands Gesammelte Werke in deutscher Übersetzung und in würdiger Ausstattung zu erscheinen begonnen haben. Der erste Band, der „Schiffer Wörse“ und „Garman und Wörse“ enthält, liegt schon vor, er kostet geheftet 5 Mark und gebunden 6 Mark. Die Ausgabe scheint uns ganz dazu angetan, dem Autor auch in Deutschland neue Freunde zu erwerben.

J. R. H.



### Bur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 3. Vierteljahr ihres 65. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 6 Mark. Wir bitten, die Bestellung schnellig zu erneuern.

Unsre Leser machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß die Grenzboten regelmäßig jeden Donnerstag erscheinen. Wenn Unregelmäßigkeiten in der Lieferung, besonders beim Quartalwechsel, vorkommen, so bitten wir dringend, uns dies sofort mitzuteilen, damit wir für Abhilfe sorgen können.

Leipzig, im Juni 1906

Die Verlagsbuchhandlung





G. HURRELMAYER  
BUCHBINDEEI  
PAPIERHANDLUNG  
SCHILLERSTR. 21